



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 07.05.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschussvorsitzende
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:56 Uhr
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Schachtschneider
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Frau Dr. Wünscher
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Herr Lange
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner
Willi Preuk	Stadtschülerrat
Sven Pringal	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17:46 Uhr
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dr. Toralf Fischer	Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Alexander Frolow	Fachbereichsleiter Bildung
Martin Heinz	Fachbereichsleiter Immobilien
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales
Christian Zeigermann	Abteilungsleiter Hochbau Schulen
Uwe Weiske	Sozialplaner
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Gäste:

Frau Nowak	Schulleiterin Rahn Education
Herr Siebenhüner	Geschäftsführer IT Consult Halle

Entschuldigt fehlten:

Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähning	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Prof. Dorothea Vent	Fraktion MitBÜRGER
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Michael Woyde	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ranft eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

zu 2.1 Dringlichkeiten

**zu 2.1.1 Aufhebung der bestehenden Festlegungen von Kapazitätsgrenzen für weiterführende Schulen und Satzung zur Regelung des Auswahlverfahrens zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in die 5. Jahrgangsstufe der Gemeinschaftsschule, Gesamtschule und dem Gymnasium ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) ab dem Schuljahr 2019/20
Vorlage: VI/2019/04824**

Herr Weiske begründete die Dringlichkeit und stellte die Vorlage kurz vor.

Frau Ranft kritisierte die Kurzfristigkeit und sagte, dass noch Fragen vorliegen, die vor der Beratung geklärt werden müssen.

Frau Ranft bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

**1 Ja Stimme, Rest Enthaltungen
keine 2/3 Mehrheit erreicht**

Herr Marquardt fragte, warum in der Vorlage **IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)** steht, dass diese beschlossen werden soll, aber sie auf der Tagesordnung nur als Mitteilung erscheint.

Frau Brederlow sagte, dass irreführende Formulierungen in der Vorlage überprüft werden und gegebenenfalls herausgenommen werden. Die Vorlage soll lediglich als Mitteilung zur Kenntnis genommen werden.

Frau Ranft bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.04.2019
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Silberwald und Förderschule "Janusz Korczak", Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04942
 - 4.2. Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04806
 - 4.3. Beschluss über Prioritätenliste zur Verwendung von Zuwendungen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes (KInvFG) durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04807
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964
 - 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05039
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Vorstellung Freie Grundschule Friedemann Bach Halle
 - 7.2. Kita-Prioritätenliste
 - 7.3. IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04925
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.04.2019

Frau Ranft informierte die Mitglieder darüber, dass die Niederschrift noch nicht fertig ist.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Silberwald und Förderschule "Janusz Korczak", Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04942**

Herr Zeigermann brachte die Vorlage ein. Er wies auf einen Schreibfehler auf Seite 7 Folgekosten hin, dort stehen bei den Instandhaltungskosten nach Sanierung 8.600 Euro, dies muss jedoch 108.600 Euro heißen.

Herr Senger fragte nach dem Zeitplan, 2020 ist ja die Grundschule Hanoier Straße noch in dem Objekt, aufgrund der Verschiebung.

Herr Zeigermann sagte, dass im Juli 2020 die Förderschule Janusz Korczak in die Schule Trakehner Straße auszieht und zum Jahresende die Grundschule Silberwald umzieht, da erst dann das Gebäude der Grundschule Hanoier Straße fertig ist.

Herr Senger fragte, ob die Schule dann im Schuljahr umzieht.

Herr Zeigermann sagte, dass die Schule im Schuljahr zum Jahresende umziehen wird. Es wird versucht in den Oktoberferien dem Umzug zu vollziehen.

Frau Ranft bat darum, dass die Verschiebungen der Umzüge in einer Informationsvorlage aktuell dargestellt werden.

Frau Ranft bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“, Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale),

unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen des Programms STARK III plus EFRE.

**zu 4.2 Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04806**

Herr Weiske brachte die Vorlage ein.

Herr Senger teilte eine Stellungnahme des Stadtelternrates aus und erklärte diese. Er sagte, dass die derzeitige Planung drei zusätzliche Klassen vorsieht, für die in dem Gebäude jedoch kein Platz ist. Außerdem müsste aufgrund des Aufwuchses dann auch eine Alternative für den Hort gefunden werden.

Herr Slowig sagte, dass sich für manche Kinder der Schulweg verdoppelt und fragte, inwieweit die Verlängerung der Schulwege bei der Abwägung eine Rolle gespielt hat..

Herr Weiske sagte, dass die Schulwege mit einbezogen wurden, jedoch keine andere Möglichkeit vorliegt und nicht viele Kinder von der Verlängerung betroffen sind. So lange die Grundschule Schimmelstraße noch nicht vorhanden ist, gibt es keine andere Lösung.

Dr. Wöllenweber fragte, ob die Schulwegesicherheit berücksichtigt wurde.

Herr Weiske bejahte dies.

Herr Dr. Meerheim forderte eine Stellungnahme der Verwaltung zu den Aussagen von Herrn Senger.

Herr Weiske sagte, dass die Grundschule Glaucha keine Stellungnahme dazu abgegeben hat. Als die Grundschule Glaucha geplant wurde, ist man von einem sehr großzügigen Raumschlüssel ausgegangen, den man nun etwas enger nehmen muss, da keine andere Lösung möglich ist.

Herr Senger sagte, dass dann Fachkabinette zurückgebaut werden müssen und das Konzept der Schule angepasst werden muss. Er sagte, dass der Stadtelternrat mit der Schule gesprochen hat und sich in dem Gespräch keine Zustimmung für das Vorhaben herauskristallisierte.

Herr Schiedung fragte, für welchen Zeitraum die Veränderung gedacht ist.

Frau Brederlow sagte, dass für das Schuljahr 2023/2024 die neue Schule eröffnet werden soll, dies sich jedoch noch verschieben kann.

Herr Rumpold fragte, wie der Ablauf zur Abgabe der Stellungnahmen aussah.

Herr Weiske erklärte, dass am 25.01. die betroffenen Schulen und auch der Stadtelternrat zur Beteiligung aufgefordert worden sind. Die Stellungnahmen sollten bis zum 08.04. der Stadtverwaltung gesendet werden..

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die Aussagen von Herrn Senger überprüft werden müssen und eine Alternative gesucht werden muss, ist Modulbauweise eventuell möglich.

Frau Brederlow sagte, dass die Veränderung möglich ist, der Raumfaktor sich jedoch verschlechtert.

Herr Senger sagte, dass laut Vorlage 23 Räume zur Verfügung stehen, dies jedoch nicht stimmt. Er verwies nochmals auf das Raumproblem des Hortes, welches dann zusätzlich entsteht.

Frau Brederlow sagte, dass das Raumproblem des Hortes bekannt ist und dann wie auch in anderen Schulen eine Doppelnutzung erfolgen muss.

Herr Preuk sagte, dass mit dieser geringen Belastung die Frankeschule enorm entlastet werden kann und unter dem Aspekt, dem so zugestimmt werden sollte.

Herr Marquardt fragte, ob der Beschluss noch einen Monat geschoben werden kann.

Frau Brederlow sagte, dass dies möglich ist, aber nicht zu weit geschoben werden sollte.

Herr Dr. Meerheim stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Frau Ranft bat um Abstimmung des Antrags.

Abstimmungsergebnis GO Antrag: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - Fünfte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

zu 4.3 Beschluss über Prioritätenliste zur Verwendung von Zuwendungen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes (KInvFG) durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04807

Frau Brederlow brachte die Vorlage ein.

Herr Schiedung fragte, warum das AWT Zentrum und der Funktionsbau des Thomas-Münzer-Gymnasiums nicht mit aufgeführt sind.

Frau Brederlow sagte, dass abgewogen werden musste, was mit den zur Verfügung stehenden 12 Millionen Euro alles umgesetzt werden kann. Die beiden Gebäude haben nicht oberste Priorität und müssen dann mit städtischen Mitteln umgesetzt werden.

Herr Schiedung fragte, ob das dieses Jahr in den Haushaltsplan soll.

Herr Heinz antwortete, dass dies dieses Jahr für nächstes Jahr in den Haushaltsplan eingestellt wird.

Frau Ranft fragte zum Campus Kastanienallee, ob sich das Projekt, aufgrund der Umsetzung über den Städtebau, nach hinten verschiebt und verzögert.

Frau Brederlow sagte, dass es weiterhin ein Leuchtturmprojekt darstellt, sich aber in verschiedenen Stufen aufgliedert. Es finden intensive Gespräche statt und der letzte Entwurf soll nun umgesetzt werden.

Herr Heinz sagte, dass bereits eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde.

Frau Ranft fragte, ob eine Fertigstellung vor 2025 möglich ist.

Herr Heinz antwortete, dass sich dies nach den Fördermitteln richtet.

Herr Senger bemerkte, dass nicht die Jahresanfangsstatistik von 2018/2019 genommen werden sollte, sondern die des kommenden Jahres.

Frau Brederlow sagte, dass für die Antragsstellung die nachgewiesenen Zahlen der Jahresanfangsstatistik genommen werden müssen.

Herr Slowig fragte, ob die rausgefallenen Projekte, aufgrund Ihrer Einzelkosten herausgenommen wurden und man lieber viele kleinere Projekte umsetzen möchte.

Frau Brederlow antwortete, dass dies im Wesentlichen zutrifft. Verschiedene kleinere Maßnahmen, waren bisher nicht bekannt, sind aber dringend notwendig.

Herr Marquardt fragte, ob die Mittel der Freien Schulen nach den Schülerzahlen berechnet wurden und nicht danach was Sie brauchen?

Frau Brederlow sagte, dass die Fördermittelrichtlinie vorsieht, dass freie Träger ebenso zu beteiligen sind und auch da ist Investitionsbedarf da.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, warum die Verwaltung nicht selber die drei Projekte in den Haushalt einstellt und es stattdessen vom Stadtrat erwartet.

Frau Brederlow sagte, dass es nochmals eine Fokussierung auf die Projekte ist und diese in der mittelfristigen Finanzplanung Beachtung finden müssen.

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Verteilung der zur Verfügung gestellten Fördermittel in Höhe von 12,2 Mio. Euro auf die kommunalen Schulen und auf die freien Träger anhand der Schülerzahlen der Schuljahresanfangsstatistik 2018/19.
2. Der Stadtrat beschließt die Prioritätenliste zur Verwendung von Zuwendungen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes (KInvFG) durch die Stadt Halle (Saale).

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Baumaßnahmen der Prioritäten 1 bis 13 an kommunalen Schulen Fördermittel gemäß der „Richtlinie Schulinfrastruktur“ zu beantragen (Anlage 1).
4. Sollten mit den Bauvorhaben der Prioritäten 1 bis 13 die Fördermittel in Höhe von rund 10,57 Mio. Euro nicht ausgeschöpft werden oder stehen Rücklaufgelder aus anderen Kommunen darüber hinaus zur Verfügung, wird die Verwaltung beauftragt, weitere Fördermittel entsprechend o. g. Prioritätensetzung (Anlage 2) zu beantragen.
5. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die folgenden als nicht förderfähig eingestuften Projekte im Rahmen des geplanten mittelfristigen Finanzvolumens in der Haushaltsplanung 2020 ff. einzuordnen:
 - a) Grundschule Westliche Neustadt, Neubau einer 3-Feld-Turnhalle
 - b) Förderschule für Geistigbehinderte „A. Lindgren“, Standort L.-Bethke-Straße
 - c) Campus Kastanienallee, Neubau Schulerweiterungsbau

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion Vorlage: VI/2019/04964

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964) Vorlage: VI/2019/05039

Die Fraktionen brachten Ihre Anträge ein.

Frau Ranft fragte was mit Initiativrecht und der Aufstockung von sachkundigen Einwohnern auf 11 gemeint ist.

Herr Nette fragte, wer die Menschen mit Behinderung sind, wo ist der Anfang und wo das Ende?

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die negativen Ausführungen zum Initiativrecht vom Oberbürgermeister geäußert wurden und er aber keine rechtliche Grundlage dafür kennt. Die Erklärung zum Thema sachkundige Einwohner sollte so wie bereits jetzt auch geregelt werden, dass eine bestimmte Anzahl an Plätzen für solche Beiratsmitglieder von den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Herr Dr. Fischer sagte, dass der Behindertenbeirat eine gute Ergänzung zur Inklusionsarbeit ist. In der Stadt Halle leben über 20.000 Schwerbehinderte, also alle die, die einen Grad der Behinderung von über 50 % haben und ca. 20.000 die einen Grad der Behinderung unter 50 % haben.

Frau Brederlow ergänzte, dass das Netzwerk Inklusion im 1. Quartal des nächsten Jahres gegründet werden soll. Die Teilhabemanager arbeiten momentan daran. Der Punkt B könnte als Anregung mit einbezogen werden.

Herr Bartl änderte den Änderungsantrag und strich Punkt B. Dieser sollte als Anregung gesehen werden.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05039**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Punkt a) des Antrages wird wie folgt verändert:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister:

- a) Die Voraussetzungen für die Errichtung eines Behindertenbeirates der Stadt Halle (Saale) ab September 2019 zu schaffen.

Grundlage bildet die Verabschiedung einer Satzung und einer Wahlordnung.

Folgende grundlegenden Aufgaben des Behindertenbeirates sollten in der Satzung enthalten sein:

- Beratung des Stadtrates und seiner Gremien sowie der Stadtverwaltung in allen Fragen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit. Der Beirat hat dabei das Empfehlungsrecht.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- wirkt bei der Planung und Erstellung öffentlicher Anlagen, Einrichtungen und Vorhaben der Stadt Halle (Saale) mit; er orientiert sich dabei an der bisherigen Arbeit des Arbeitskreises der kommunalen Behindertenverbände unter der Leitung des Behindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale)
- Der Beirat hat ein Initiativrecht gegenüber dem Stadtrat.
- Der Behindertenbeirat wird durch einen sachkundige Einwohnerin/ einen sachkundigen Einwohner im Sozial-Gesundheits-und Gleichstellungsausschuss der Stadt Halle (Saale) vertreten (vgl. Seniorenrat der Stadt Halle (Saale))
- Dieser Beirat soll die Vertretung der Menschen mit Behinderung im ebenfalls zu gründenden kommunalen Netzwerk Inklusion sein.

~~Der Punkt b) wird wie folgt erweitert:~~

~~-Die grundlegenden Aufgaben des Netzwerkes sollten~~

- ~~a) die Schaffung eines Teilhabewegweisers und~~
- ~~b) die Erarbeitung eines Aktionsplanes Inklusion für die Stadt Halle (Saale) sein.~~

~~Auf die Konzeption der Stadt Halle (Saale) zum örtlichen Teilhabemanagementprojekt im Rahmen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sollte dabei als wesentliche Grundlage Bezug genommen werden.~~

**zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister

- a) zu prüfen, welche Rahmenbedingungen für die Einrichtung eines Behindertenbeirates als Organ der Selbstvertretung geschaffen werden muss. Zu prüfen ist, welche Geschäfts-/Wahlordnung angemessen ist und welche natürlichen/ juristischen und Personen als Mitglieder in Frage kommen. Dieser Beirat soll die Vertretung der Menschen mit Behinderung im ebenfalls zu gründenden kommunalen Netzwerk Inklusion sein.
- ~~b) zu prüfen, welche rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Einrichtung eines kommunalen Netzwerkes Inklusion geschaffen werden müssen. Zu prüfen ist, welche Geschäfts-/Wahlordnung angemessen ist und welche juristischen (eventuell auch natürlichen) Personen als Mitglieder in Frage kommen. Mitglieder sollten auf jeden Fall die Eigenbetriebe für Arbeit und Kita sowie das Jobcenter sein.~~

Dem Stadtrat ist ein entsprechender Bericht über die Ergebnisse/Zwischenergebnisse bis spätestens zur Sitzung des Stadtrates im April 2019 zu geben.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorstellung Freie Grundschule Friedemann Bach Halle

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Nowak stellte das Konzept der Schule vor.

Herr Schiedung fragte, welche Kriterien im Auswahlverfahren beachtet werden und wie hoch das Schulgeld ist.

Frau Nowak sagte, dass am Anfang alle Kinder aufgenommen werden, die gerne an die Schule gehen müssen, je nach Entwicklung der Grundschule wird es dann Losverfahren geben. Geschwisterkinder und Kita Kinder werden jedoch bevorzugt. Das Schulgeld besteht aus 96,50 Euro Schulgeld und einem Konzeptbeitrag von 53,50 Euro. Ermäßigungen sind möglich.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, wie die Pläne platztechnisch in dem Gebäude umgesetzt werden sollen.

Frau Nowak erklärte, dass das Gebäude für die Kita und eine einzügige Grundschule reicht. Sollten weitere Kapazitäten benötigt werden, ist ein Anbau auf dem Gelände zur Erweiterung möglich.

Frau Dr. Bergner fragte, wie die Zusammenarbeit mit dem Stadtsingechor aussieht.

Frau Nowak sagte, dass das Angebot für Kinder des Stadtsingechors sehr interessant ist, da eine vertiefte musikalische Ausbildung durchgeführt wird. Die Stimmbildung in den Räumlichkeiten der Schule ist denkbar.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, ob der Stadtsingechor eventuell in der Grundschule eine neue Prägestätte findet, da das Gebäude des Chores saniert wird.

Frau Nowak kannte das Vorhaben noch nicht.

Frau Brederlow sagte, dass der Stadtsingechor immer Proberäume sucht und gegebenenfalls dass dies eine Möglichkeit wäre, zusammenzuarbeiten

zu 7.2 Kita-Prioritätenliste

Die Mitteilung ist schriftlich hinterlegt.

zu 7.3 IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2019/04925

Frau Brederlow brachte die Mitteilung ein.

Herr Schiedung fragte, warum das Thema nicht als Beschlussvorlage vorgelegt. Er schlug eine Sonderveranstaltung zu dem Thema vor, da es inhaltlich noch Diskussionsbedarf gibt. Er fragte, warum nur die Kurzversion des Konzeptes vorliegt und nicht die Langversion. Die

Fortschreibung des Konzeptes wäre sinnvoll, da es immer Neuerungen und Veränderungen geben wird.

Frau Brederlow sagte, dass die Langversion sehr technisch ist und in der Kurzversion die wesentlichen Inhalte dargestellt sind. Es gibt noch offene Punkte, wo das Land noch zuarbeiten muss und jede einzelne Schule muss ein Konzept erstellen.

Herr Marquardt fragte, wer beschließt, dass die Schulen das alles bekommen oder wie ist das geplant. Ist alles mit der ITC als Partner geklärt, ist dies vertraglich geregelt? Sollen die Geräte der Lehrer auch über die ITC betreut werden.

Frau Brederlow sagte, dass verschiedene Themen mit dem Land geklärt werden müssen. Es sollte eine Veranstaltung zu solchen Themen im März geben, bisher ist jedoch noch kein Termin bekannt. Die ITC ist der Partner bei solchen Fragen und auch deshalb bei dem Thema damit beauftragt.

Herr Nette fragte, welche Kompetenzen vermittelt werden sollen.

Frau Brederlow sagte, dass dies durch das Land in den Lehrplänen festgelegt wird.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, warum jede Schule ein Konzept schreiben soll.

Frau Brederlow sagte, dass jede Schule in ihrer Schulform und ihrem Schulkonzept selbst den Unterricht gestalten kann und dafür das Konzept benötigt wird.

Herr Schiedung fragte nach der Größenordnung des Personalbedarfs für die Betreuung der Soft- und Hardware.

Herr Siebenhüner sagte, dass die Servicehotline erweitert werden muss. Eine größtmögliche Standardisierung muss hergestellt werden.

Herr Meerheim fragte, ob alle Schulen Glasfasernetze erhalten?

Herr Siebenhüner sagte, dass es so ausgebaut werden soll, dass die Bandbreiten an jeder Schule genutzt werden können.

Herr Meerheim fragte, ob das Betriebssystem einheitlich wird, oder ob es Unterschiede zwischen Kommune und Land geben wird.

Herr Siebenhüner sagte, dass es ein Betriebssystem geben wird. Es gibt einen Vertrag, der regelt, dass die ITC die Daten verarbeiten darf. Die Frage wird sein, wer den Zugriff auf welche Daten erhält und unterschiedliche Berechtigungen können vergeben werden.

Herr Marquardt fragte, ob der Termin zur Nutzung 2021 unbedingt so gesetzt werden muss und damit verstärkt Druck entsteht, wenn doch bis dahin technisch noch nicht alles umgesetzt ist.

Herr Siebenhüner sagte, dass der Anspruch ist, das technisch gegeben ist, dass alle Schüler Tablets nutzen können bis 2021.

Herr Slowig sagte, dass digitale Buchlizenzen denkbar wären und die dann auf alle Geräte gespielt werden müssten

Herr Rumpold berichtete von seinen positiven Erfahrungen in einer Amerikanischen High School, in der die SchülerInnen keine Bücher mehr dabei hatte und dies eine enorme

Entlastung für den Rücken der Kinder darstellte.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Dr. Meerheim zur Fertigstellung der Schule am Holzplatz

Herr Dr. Meerheim fragte, wann die Schule am Holzplatz eröffnet wird.

Herr Heinz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Dr. Wöllenweber Einrichtung eines Behindertenbeirates

Herr Dr. Wöllenweber gab die Anregung aus dem Antrag TOP 5.1 zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion unter Punkt B.

zu 9.2 Herr Schiedung zu einer Auswärtssitzung

Herr Schiedung regte einen Außentermin in der Grundschule am Ludwigsfeld an.

Frau Ranft schlug vor, dies mit dem neu gewählten Ausschuss umzusetzen.

Frau Ranft beendete die öffentliche Sitzung.

Melanie Ranft
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin